



## **Aplerbeck nach dem Kapp-Putsch (1920)**

(Quelle: Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, Nr. 310 [Hauptakten der Polizeiverwaltung Aplerbeck betreffend die Revolution im Frühjahr 1920])

Gerade 16 Monate waren seit der Abdankung des Kaisers und dem Ausrufen der ersten deutschen Republik vergangen, als reaktionäre Kräfte durch einen Putsch versuchten, die alte monarchistische Ordnung wieder herzustellen. Unter Führung des Generals von Lüttwitz marschierten am 13. März 1920 Freikorpsstruppen in Berlin ein, ohne dabei auf Widerstand durch die Reichswehr zu treffen. Reichspräsident Ebert und die Reichsregierung flohen zunächst nach Dresden, dann nach Stuttgart, während der Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen, Kapp, in Berlin zum Reichskanzler ausgerufen wurde. Der Umsturzversuch rief aber einen massiven Widerstand der Bevölkerung hervor. Infolge eines von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreiks brach der Putsch am 17. März zusammen.

Im Ruhrgebiet entwickelte sich aus dem Generalstreik ein Arbeiteraufstand. Arbeiter, die die Republik und die seit dem Ende der Monarchie erreichten sozialen Verbesserungen verteidigen wollten, schlossen sich binnen kürzester Frist zu einer starken, bewaffneten Armee zusammen. Beim Kampf um Dortmund (16./17. März) soll die sogenannte „Rote Ruhrarmee“ über die beachtliche Stärke von mehr als 10.000 Mann, im gesamten Ruhrgebiet sogar über etwa 80.000 Mann verfügt haben.

### **Ein neuer Arbeiterrat in Aplerbeck**

Schon am Sonntag, dem 14. März, also am Tage nach dem Einmarsch der Freikorpsverbände in Berlin, *„erschieden nach einem Aufzug durch die Gemeinde Aplerbeck, an dem sich eine große Menschenmenge beteiligte, etwa 6 Personen in meiner Dienstwohnung, die sich als neuer Arbeiterrat für das Amt Aplerbeck vorstellten.“* Mit diesen Worten begann Amtmann Leonhard einige Wochen später einen Bericht über die Geschehnisse in Aplerbeck. Er fuhr fort: *„Wie sich die Arbeiterräte gebildet haben, ist mir unbekannt geblieben. Sie bestanden zunächst aus je 2 Mehrheitssozialisten [SPD], 2 Unabhängigen [USPD] und 2 Spartakisten [KPD]. Die Mehrheitssozialisten traten bald aus.“* Die neuen Machthaber erklärten Leonhard, dass er die Verwaltung des Amtes unter ihrer Kontrolle fortsetzen solle. *„Am andern Morgen gab ich [Leonhard] im Beisein der Beamten der Amtsverwaltung und des Arbeiterrats die Erklärung ab, daß wir auf dem Boden der Verfassung stünden und die Arbeit im Interesse der Allgemeinheit weiter führen würden, falls der Arbeiterrat sich keine Eingriffe in die innere Verwaltung gestatte.“* Auch die Aplerbecker Polizei blieb im Dienst, denn sie sollte gemeinsam mit einer noch zu bildenden Arbeiterwehr die öffentliche Ordnung und Sicherheit garantieren. Ihren Dienst übten die Polizisten, die ihre Waffen behalten konnten, aber in Zivil aus. Sie waren allerdings angewiesen, sich nach Möglichkeit zurückzuhalten.

Am 15. März teilte der neue Arbeiterrat der Bevölkerung durch Plakatanschlag mit, dass er die „vollziehende Gewalt“ übernommen und Verwaltung und Polizei des Amtes Aplerbeck „sich auf den Boden des sozial-revolutionären Proletariats gestellt“ hätten. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Machthaber in Aplerbeck bestand in einem Aufruf an die Bevölkerung, alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen, gleich welcher Art, binnen 24 Stunden an den Arbeiterrat abzuliefern. Denjenigen, die diesem Aufruf nicht nachkommen würden, wurde strengste Bestrafung angedroht. Die Waffen sollten im Zimmer 4 des Amtshauses abgeliefert werden. Dieses



Büro nutzte der Arbeiterrat für seine Zwecke. Es verfügte über einen Fernsprechanchluss, der für die Organisation des Netzes von Arbeiterräten sehr nützlich war. Noch am selben Tag wurde auch die Sperrstunde auf 10 Uhr abends festgesetzt. Im Namen des Arbeiterrates unterschrieben Lessner, Buschmann, Rosenthal, Hillmann, Zumplasse und Thamer diese Verordnung. Für die Polizeiverwaltung unterzeichnete zusätzlich der Amtmann Leonhard.

### **Das Gefecht an der Heilanstalt**

Die damaligen Freikorps hatten sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gebildet. Es handelte sich um Freiwilligenverbände von Kriegsteilnehmern, die unter Duldung des Reichswehrministers neben der regulären Reichswehr bestanden und zumindest teilweise von der Industrie bezahlt wurden. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs hatten Freikorpsstruppen im Ruhrgebiet vielerorts, zum Teil mit brutaler Gewalt Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst. Weite Teile der Arbeiterschaft sahen in den paramilitärischen Einheiten deshalb einen Feind. Diese Einstellung verstärkte die Motivation der Arbeiterarmee, sich den Putschisten entgegenzustellen.

Am 15. März hatten Arbeiter aus Hagen und Witten eine in den Bahnhof Wetter einfallende Freikorps-Batterie überwältigt, die Soldaten gefangen genommen und die Waffen beschlagnahmt. Eine weitere Freikorps-Einheit wurde am Abend des gleichen Tages am Bahnhof Herdecke von Arbeitern angegriffen und kapitulierte am nächsten Morgen. In der Nacht vom 15. auf den 16. März fuhr auch ein Panzerzug des Freikorps Lichtschlag in den Dortmunder Südbahnhof ein. Das Reichswehr-Generalkommando in Münster hatte den Marschbefehl für das Freikorps ausgestellt. Der Auftrag bestand in der Bekämpfung der Arbeiterformationen im Raum Hagen. In Dortmund verweigerte man dem Zug aber die Weiterfahrt. Deshalb entschied Hauptmann Lichtschlag, Kommandeur des nach ihm benannten Freikorps, nach Herdecke zu marschieren. Der Weg des Freikorps sollte dabei durch Aplerbeck führen. Hier stießen die Soldaten aber auf heftigen Widerstand.

Die „Aplerbecker Zeitung“<sup>1</sup> berichtete: *„Am Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr durchzog eine Abteilung des Korps Lichtschlag aus der Richtung Dortmund kommend unsere Gemeinde. In der Märkischenstraße [heute Wittbräucker Straße] mußten die Truppen halt machen, da sich ihnen die stark bewaffnete Arbeiterwehr entgegenstellte und sie aufforderte, die Waffen abzugeben oder sofort umzukehren. Die Truppe zog aber letzteres vor, um evtl. Blutvergießen zu vermeiden. – Abends gegen 9 ½ Uhr entspann sich jedoch in der Nähe der Heilanstalt und am Westfalendamm ein starker Feuerkampf, der ca. drei Stunden anhielt und schließlich mit dem Rückzug der Truppen auf Dortmund endete. Es gab leider auf beiden Seiten Tote und Verwundete.“* Das Freikorps zog sich nach dem Kampf nach Dortmund zurück, wo es schließlich endgültig geschlagen wurde.

Wie viele Opfer das Gefecht an der Heilanstalt gefordert hat, ist unbekannt geblieben. In der Nacht vom 16. auf den 17. März wurde dem Aplerbecker Arbeiterrat die Leiche eines Freikorps-Soldaten übergeben, der mangels Ausweispapiere zunächst nicht identifiziert werden konnte. Erst durch die Befragung von gefangenen genommenen Soldaten wurden Name und Herkunft des Opfers ermittelt, so dass die Polizeiverwaltung die Angehörigen des Gefallenen benachrichtigen konnte. Die Staatsanwaltschaft Dortmund gab die Leiche dann am 22. März zur Beerdigung frei. Auf Seiten der Roten Ruhrarmee waren an der Heilanstalt zumindest ein 18jähriger aus Sölde und ein 25jähriger aus Schwerte, beide von Beruf Fabrikarbeiter, gefallen.

---

<sup>1</sup> „Aplerbecker Zeitung“ vom 19.03.1920



Eine deutliche Schwächung hatte das Freikorps dadurch erlitten, dass eine überraschend hohe Zahl von Soldaten in die Gefangenschaft der Arbeiter geriet. Eine Liste nennt die Namen von 188 Freikorps-Angehörigen. Die Gefangenen sollen zunächst in einem nicht näher bezeichneten Saal eingesperrt und dann, nachdem sie versichert hatten, sich nicht mehr an Kämpfen gegen die Arbeiterschaft zu beteiligen, freigelassen worden sein.<sup>2</sup>

### **Tätigkeit von Arbeiterrat und Ortswehr**

Die Rote Ruhrarmee löste sich nach der Niederwerfung des Kapp-Putsches nicht auf, sondern setzte ihren Kampf fort. Auch in Aplerbeck bestanden Arbeiterrat und Ortswehr nach dem Gefecht an der Heilanstalt weiter. Als Zeichen der täglichen Arbeit des Aplerbecker Arbeiterrats haben sich vor allem Belege erhalten, die das Einsammeln von Waffen betreffen. So quittierte der Arbeiterrat am 17. März dem Direktor Weyland die Abgabe zweier Degen und eines Dolchs. (Zu einem anderen Zeitpunkt lieferte Weyland auch sein Jagdgewehr ab. Die beiden Degen und das Gewehr wurden ihm später zurückgegeben.) Dass jemand wegen der nicht Abgabe seiner Waffe ermittelt und bestraft wurde, ließ sich nicht feststellen. Bemerkenswert ist, dass der Arbeiterrat sich auch entgegenkommend zeigte. So verzichtete er auf die Waffe des H. Möller, nachdem der sich verpflichtet hatte, *„die ihm belassene Waffe ausschließlich zu seinem persönlichen Schutz zu gebrauchen, und dieselbe in etwa entstehenden Kämpfen nicht an arbeiterfeindliche Parteien auszuhändigen“*. Weiterhin bezog der Arbeiterrat auf Kosten des Amtes von der Bürgerschaft gegen Requisitionsscheine Wagen, Lebens- und Futtermittel, Verbandstoffen u. a. Am 1. April versuchten einige Arbeiter im Auftrag des Arbeiterrats, Sprengstoff aus dem Bestand der Zeche Schürbank & Charlottenburg zu beschlagnahmen. Die Aktion blieb im ersten Anlauf erfolglos. Doch im zweiten Versuch wurde eine Kiste Perdit, ein Paket Sprengkapseln und Zündschnur erbeutet.

Bei dem Gefecht an der Heilanstalt hatten die Arbeitertruppen außer Waffen auch einige Pferde erbeutet. Diese wurden Aplerbecker Landwirten und Unternehmern zum Arbeitseinsatz überlassen. So bescheinigte Wilhelm Roes dem Arbeiterrat am 18. März: *„Heute ein Pferd vom Arbeiterrat Aplerbeck erhalten, zur Arbeit. Verpflichte mich hiermit, dasselbe in guter Verpflegung zu halten.“* Kein Glück mit dem ihm zugewiesenen Pferd hatte der Inhaber der Fa. Otto Schüren Nachfolger: Als das Beutepferd zusammen mit einem firmeneigenen Pferd vor einen Wagen gespannt in der Ruinenstraße durchging, wurde das Fuhrwerk erheblich beschädigt, das eigene Pferd der Firma stürzte und musste an Ort und Stelle notgeschlachtet werden und der Fuhrmann wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.<sup>3</sup>

Der Arbeiterrat verteilte in der Zeit vom 18. bis zum 22. März insgesamt neun Pferde. Sie wurden jedoch nicht unentgeltlich abgegeben. Vielmehr musste pro Pferd und Tag eine Gebühr von 10 Mark bezahlt werden, die immer samstags fällig war. Die Gebühr für die abgelaufene Woche musste auf dem Amtshaus eingezahlt werden. Zwei Pferde wurden vom Arbeiterrat rasch verkauft. Die Käufer zeigten sich jedoch misstrauisch und erbaten sich vom Amtmann Leonhard die Garantie, dass sie nach Zahlung des Kaufpreises tatsächlich die rechtmäßigen Eigentümer der Pferde seien. Eine solche Garantie abzugeben war Leonhard aber nicht bereit.

---

<sup>2</sup> Högl: Aplerbeck im Zeichen der Weimarer Krise; in: 1100 Jahre Aplerbeck 899-1999. Festschrift. Essen, 1998, S. 148. Högl zitiert darin auch auf die Berichte der Zeitzeugen Anton Kalt und Adolf Meinberg.

<sup>3</sup> „Aplerbecker Zeitung“ vom 26.03.1920



Die Überlassung der Beutepferde beziehungsweise deren Verkauf sollte dem Arbeiterrat Einnahmen bringen, die er für die Löhnung der Mitglieder des Rates und der Ortswehr, deren Stärke nicht mehr zu ermitteln ist, benötigte. Insgesamt reichten die Einkünfte aus dem Verleih und dem Verkauf der erbeuteten Pferde für diesen Zweck nicht aus. Die Lohnzahlung für Arbeiterrat und Ortswehr war deshalb einziger Gegenstand einer gemeinsamen Besprechung zu der seitens des Amtmanns die Gemeindevorsteher und seitens des Arbeiterrates die Vertreter aller Industrieunternehmen des Amtsbezirks geladen waren. Ein Ergebnis konnte nicht erzielt werden: Die öffentlichen Kassen waren leer, und die Industrieunternehmen wiesen darauf hin, den eigenen Arbeitern kaum den Lohn zahlen zu können. Die Angabe des Arbeiterrats, Heeresgut im Wert von 200.000 Mark als Pfand im Besitz zu haben, half ebenso wenig weiter wie der Hinweis, dass Amt und Gemeinde sich das Geld von der Industrie vorstrecken lassen könnten. Den Industrieunternehmen wiederum würden die vorgestreckten Summen später vom Staat erstattet werden. Die Sitzung vom 25. März sollte am 29. März fortgesetzt werden, wurde aber, da sich nur Vertreter von drei Industrieunternehmen eingefunden hatten, abgesagt.

### **Reichswehreinsatz**

Am 24. März schlossen Vertreter der Roten Ruharmee mit der Reichsregierung das sogenannte „Bielefelder Abkommen“. Dieser Friedensvertrag sah u. a. vor, dass sich die Arbeiterarmee zum Waffenstillstand und zur Ablieferung ihrer Waffen verpflichtete. Dieser Forderung kamen Teile der Arbeiterschaft zunächst nur zögernd nach. In einem weiteren, in Münster erzielten Übereinkommen wurde deshalb die Frist der Waffenabgabe durch die Rote Ruharmee bis zum 2. April verlängert. Als auch dieses Ultimatum nicht den gewünschten Erfolg zeigte, marschierte die Reichswehr – unterstützt von Freikorps! – in das Ruhrgebiet ein.

Plakate informierten die Aplerbecker über die Bedingungen des „Friedens von Münster“. Auf ihnen wurde die Entwaffnung der Roten Armee deutlich hervorgehoben und auf die Möglichkeit von Hausdurchsuchungen und schwere Bestrafung derjenigen hingewiesen, die ihre Waffen nicht abliefern würden. Unterzeichner des Aufrufes waren der Amtmann und „der bisherige Arbeiterrat des Amtes Aplerbeck“. Letzterer hatte in der Nacht zu Karfreitag (02.04.) das Amtshaus geräumt.

Am Tag darauf wurde im Aplerbecker Amtshaus eine Sitzung abgebrochen, weil der Amtmann und einige Gemeindevorsteher dem anrückenden Militär entgegen gehen wollten. Die Truppen waren zwar schon in Unna eingerückt, doch das Gebiet des Amtes Aplerbeck hatten sie noch nicht betreten.

Am 4. April erhielt Aplerbeck eine neue Ortswehr. Ihre Mitglieder trugen jedoch keine roten Armbinden mehr. Es handelt sich vielmehr um mit Schusswaffen ausgestattete Hilfspolizisten des Amtes. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung waren sie befugt, Personen festzunehmen und Beschlagnahmungen vorzunehmen. Mit der Bekanntmachung der neuen Ortswehr verfügte Amtmann Leonhard erneut, dass alle Waffen bei den Ortsbehörden abgeliefert werden müssten.

Schon am Morgen des 4. April wurde eine stattliche Anzahl Schusswaffen der Roten Ruharmee mit einem Wagen zum Amtshaus gebracht: 96 Gewehre, 10 Karabiner, 2 Maschinengewehre, dazu Munition und Handgranaten. Weitere Lieferungen folgten. Von diesen Waffen wurde noch am 4. April ein Teil nach Hörde, und ein anderer an die Ortswehr von Hengsen-Opherdicke weitergeleitet.

Auch die Beutepferde wurden eingesammelt und dem Militär übergeben. Dazu gehörten auch die insgesamt vier Pferde, die der Arbeiterrat verkauft hatte. Ein Schimmel war in der Zwischenzeit allerdings geschlachtet worden.



Am 6. April zogen Reichwehrtruppen „mit klingendem Spiel, von der Bürgerschaft freudig begrüßt“ durch Aplerbeck. Der Durchmarsch soll rund zwei Stunden gedauert haben. In der Mittagszeit traf dann eine etwa 600 Mann starke Truppe ein, die in Aplerbeck einquartiert wurde. Die Soldaten wurden in Schulen und großen Sälen untergebracht, doch soll auch die Bevölkerung Zimmer bereitgestellt haben.<sup>4</sup>

Schon am Tag des Einmarsches in Aplerbeck hatte der Ortskommandant wie zuvor der Amtmann die Bevölkerung zur Abgabe aller Waffen aufgefordert. Darüber hinaus durften Versammlungen „in freien oder in geschlossenen Räumen“ nur nach vorheriger polizeilicher Genehmigung stattfinden und für Zivilisten galt von 12 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens eine Ausgangssperre. Arbeiter, die zu der Zeit auf dem Weg zu ihrem Werk waren, mussten sich ausweisen können.

Das Militär nahm Hausdurchsuchungen vor. Ziel einer solchen Aktion war am 10. April die Wohnung des Bergmanns Johann Kalt, Befehlshaber der Roten Armee in Aplerbeck. Kalt war noch am 3. April zum Kampf gegen die Reichwehr ausgezogen und nun flüchtig. In seiner Wohnung fand man ein Notizbuch, in dem die Namen aller Aplerbecker Rotgardisten aufgelistet waren. Eine weitere Hausdurchsuchung fand am 14. April statt. Ein Reichwehrtrupp durchsuchte die Wohnung und den Garten des Fabrikarbeiters Schäfer. Im Hühnerstall wurde ein vergrabenes Gewehr gefunden, in der Abortgrube ein Maschinengewehrkasten, in einem Wasserabfluss hinter dem Haus eine Büchse mit 253 Schuss Munition und noch einiges andere. Alle Funde wurden beschlagnahmt und Schäfer verhaftet und nach Dortmund abgeführt, wo er vor Gericht gestellt werden sollte.

Die Reichwehr verließ Aplerbeck am 15. April. Der Kommandeur ließ der Bevölkerung durch die Presse seinen Dank „für die freundliche Aufnahme und Bewirtung der Soldaten“ übermitteln<sup>5</sup>, so wie er es bereits rund eine Woche zuvor getan hatte.<sup>6</sup> In dieser Zeitungsausgabe findet sich auch ein Bericht über ein Platzkonzert einer in Hörde einquartierten Militärkapelle auf dem Aplerbecker Marktplatz, das viel Beifall gefunden haben soll. Offensichtlich gab es Bestrebungen seitens der Reichwehrtruppen, positive Eindrücke zu hinterlassen.

### **Verfolgung**

Mit dem Abzug der Reichwehr war die Geschichte des Kapp-Putsches in Aplerbeck noch nicht beendet. Ehemalige Mitglieder der Roten Ruhrarmee wurden verfolgt, verhaftet und von Kriegsgerichten verurteilt. So zum Beispiel der Arbeiter Carl Befeldt, der wegen Aufruhr vom Kriegsgericht beim Landgericht Dortmund am 26. Mai 1920 zu sieben Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt wurde.

Zu den besonders gesuchten Personen gehörten natürlich die führenden Kräfte des Arbeiteraufstands. Dazu zählten in Aplerbeck:

Thamer, Arbeiter, Schriftführer des Arbeiterrats  
Rosenthal, Bergmann, Mitglied des Arbeiterrats  
Kalt, Bergmann, Befehlshaber der „Roten Armee“  
Hillmann, Schlosser, Vorsitzender der Arbeiterwehr  
Bussmann, Bergmann, Mitglied der Arbeiterwehr

Eine große Anzahl der sich in Untersuchungshaft befindlichen Rotgardisten wurde schon nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt. Amtmann Leonhard, dem eine

<sup>4</sup> „Aplerbecker Zeitung“ vom 07.04.1920

<sup>5</sup> „Aplerbecker Zeitung“ vom 16.04.1920

<sup>6</sup> „Aplerbecker Zeitung“ vom 09.04.1920



entsprechende Liste zur Beurteilung vorgelegt worden war, berichtete am 3. Juni dem Regierungskommissar in Münster, dass er gegen die Freilassung dieser 21 Untersuchungsgefangenen keine Bedenken hätte, weil seiner Einschätzung nach von ihnen keine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung ausgehen würde. Teilweise waren die Betreffenden zu diesem Zeitpunkt allerdings sogar schon entlassen.

Eineinhalb Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte sich die deutsche Wirtschaft noch längst nicht erholt. Mangel herrschte überall und er wurde durch die teilweise spektakulären Ereignisse um den gescheiterten Putsch in keiner Weise gemildert. Das Gegenteil war der Fall: *„Infolge der Unruhen war es der Gemeindeverwaltung nicht möglich, genügend Saatkartoffeln heranzuschaffen. Die Verwaltung rechnet aber damit, daß sie vielleicht schon Ende dieser Woche Saatkartoffeln ausgeben kann.“*<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> „Aplerbecker Zeitung“ vom 20.04.1920